

Entschließungsantrag

der SPD-Fraktion und
der Fraktion DIE LINKE

zu:

Antrag auf Aktuelle Stunde der CDU-Fraktion - Funklöcher schließen - Digitale Daseinsvorsorge sichern - Drucksache 6/6567 vom 09.05.2017

Mobilfunklöcher schließen und die Netzabdeckung im Land Brandenburg in der Fläche verbessern

Der Landtag stellt fest:

Trotz großer Fortschritte beim Aufbau von Mobilfunknetzen gibt es auch im Land Brandenburg noch "weiße Flecken". Ziel ist es weiterhin, dass mobile Kommunikation weitestgehend flächendeckend möglich ist.

Die Versorgungsauflagen aus der Frequenzversteigerung von 2015 an die Mobilfunknetzbetreiber richten sich bisher an der Zahl der Haushalte aus. Danach sind 97 Prozent der Haushalte in den Bundesländern mit LTE zu versorgen. Diese Bezugsgröße wird den Möglichkeiten der modernen Kommunikation und den aktuellen Bedürfnissen der Bevölkerung leider nicht immer gerecht. Auch dünn besiedelte Regionen sind zu versorgen, insbesondere Verkehrswege und andere Orte außerhalb von Siedlungsstrukturen, wo sich häufig Menschen aufhalten. Das Interesse an einer umfassenderen Versorgung besteht auch dort, wo es aus Sicht der Mobilfunknetzbetreiber unwirtschaftlich erscheint. In erster Linie sind dabei der Bund und die Bundesnetzagentur in der Pflicht entsprechende Rahmenbedingungen vorzugeben.

Der Landtag bittet die Landesregierung,

- sich auf Ebene des Bundes dafür einzusetzen, dass sich bei zukünftigen Frequenzversteigerungen die prozentuale Ausbaupflichtung der Netzbetreiber nicht allein an den Haushalten, sondern auch an der Fläche und an vorhandenen Verkehrsweegen orientiert;
- bei der Bundesnetzagentur auf eine Prüfung hinzuwirken, ob vor dem Hintergrund neuer technologischer Entwicklungen und gesellschaftlicher Anforderungen künftig die Mobilfunkversorgung als Universaldienstleistung einzustufen ist;

- die vorhandenen Standorte des Digitalfunks der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) im Land Brandenburg auch künftig den Netzbetreibern zum Selbstkostenpreis zur Verfügung zu stellen;
- gemeinsam mit den Kommunen und Netzbetreibern nach Lösungen zu suchen, um die Anzahl der „weißen Flecken“ im Land zu verringern (u.a. über Unternehmenskooperationen);
- zu prüfen, ob Änderungen an der Landesbauordnung den Ausbau zu einer flächendeckenden Mobilfunkversorgung beschleunigen können. (u.a. Genehmigungsfreiheit für Dachaufbauten).